



Stadtparlament: Motionenberichte

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:
 - Nr. 5, Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte
 - Nr. 24, Förderung neuer erneuerbarer Energien und Energiesparmassnahmen: Bewilligungsgebühren abschaffen?
 - Nr. 29, Minergie-Standard für städtische Bauten
3. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
 - Nr. 1, Neuer Teilplan Verkehr um ein Jahr
 - Nr. 2, Erschliessung der Bauzonen um ein Jahr
 - Nr. 3, LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen um ein Jahr
 - Nr. 4, Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren um ein Jahr
 - Nr. 10, Kulturplatz am Stadtpark um ein Jahr
 - Nr. 11, Wildnispark Goldacher Tobel um ein Jahr
 - Nr. 12, Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn um ein Jahr
 - Nr. 14, Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen um ein Jahr
 - Nr. 15, Zukunft dank Tram um ein Jahr
 - Nr. 16, Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen um ein Jahr
 - Nr. 18, Verlängerung der Buslinie 2 und Erstellung der S-Bahnhaltestelle „Hinterberg“ & „Güterbahnhof“ um ein Jahr
 - Nr. 19, Talschulen – Bergschulen um ein Jahr
 - Nr. 20, Entlastung von Klassen und Lehrkräften – Time-out-Klasse auch auf der Primarschulstufe um ein Jahr
 - Nr. 21, Richtlinien für die Bewilligungspraxis im öffentlichen Raum – Damit die Stadt ohne finanziellen Aufwand an Kultur gewinnt um ein Jahr



Nr. 25, Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept um ein Jahr

a) Motionen

1 Neuer Teilplan Verkehr

erheblich erklärt am 3. April 2001; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

Ein gesonderter „Teilplan Verkehr“ wird nicht mehr erstellt. Vielmehr wird die Verkehrsproblematik zum neuen Richtplan gehören, der gemeinsam für die Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft ausgearbeitet wird. Das Stadtparlament hat am 21. November 2006 von der Situationsanalyse zu den drei Bereichen sowie von den Grundzügen zur räumlichen Entwicklung Kenntnis genommen und den Planungskredit für die Ausarbeitung des Richtplans gesprochen. Im Jahre 2008 konnte die Grundlagenarbeit im Wesentlichen abgeschlossen werden, einzelne Resultate der zum Teil komplexen Drittaufträge lagen erst in den ersten Monaten 2009 vor. Derzeit wird nun der Entwurf für den gesamten Richtplan erstellt und noch dieses Jahr im Stadtrat beraten. Anschliessend wird die öffentliche Vernehmlassung durchgeführt und voraussichtlich 2010 die Parlamentsdiskussion folgen.

Zur gleichen Thematik gehören die Motionen „Erschliessung der Bauzonen“ (Nr. 2) und „LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen“ (Nr. 3) sowie die Postulate „Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn“ (Nr. 12), „Zukunft dank Traum“ (Nr. 15) und „Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen“ (Nr. 16). Diese Parlamentsaufträge werden in die Richtplanarbeit integriert.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

2 Erschliessung der Bauzonen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglements ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.



Es wird auf die Ausführungen zu Ziff. 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziff. 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

4 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren

erheblich erklärt am 19. März 2002; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, für die zu schützenden Objekte aus dem Inventar der schützenswerten Bauten 1920-1970 und gleichzeitig auch aus den Inventaren der schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt sowie der schützenswerten Bauernhäuser eine Schutzverordnung zu erlassen.

Nachdem das Stadtparlament am 11. März 2008 beschlossen hat, am Motionsauftrag festzuhalten, ist nun das Verfahren für den Erlass dieser Schutzverordnung im Gange. Als erster Schritt ist zu Beginn des Jahres 2009 die öffentliche Auflage für die notwendige Änderung der Bauordnung durchgeführt worden; diese Änderung bildet die Grundlage und die Voraussetzung für den Erlass der Schutzverordnung. Gegen die Bauordnungsänderung sind mehrere Einsprachen eingegangen, die derzeit behandelt und demnächst im Stadtrat entschieden werden. Anschliessend wird das Parlament mit Unterstellung unter das fakultative Referendum über die Bauordnungsänderung entscheiden, dagegen sind wiederum Rechtsmittel möglich.

Parallel zu diesem Verfahren behandelt der Stadtrat zurzeit den Entwurf für das neue Inventar der schützenswerten Bauten. Diese Beratung des Stadtrates mit den damit verbundenen zahlreichen Einzelentscheidungen wird die Grundlage für die geforderte Schutzverordnung sein. Das formelle Verfahren für die Schutzverordnung kann jedoch erst eingeleitet werden, wenn die Bauordnungsänderung rechtskräftig ist. Zu erwarten ist sodann, dass gegen zahlreiche Unterschutzstellungen von Bauten im Rahmen der Schutzverordnung Einsprachen erhoben werden. Über den weiteren zeitlichen Ablauf, insbesondere über den Zeitpunkt der Vorlage der



Schutzverordnung an das Stadtparlament, ist in Anbetracht dieser Situation derzeit keine seriöse Vorhersage möglich.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

5 Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte

erheblich erklärt am 24. Juni 2003; 12. Juni 2007 nicht als erledigt am Protokoll abgeschrieben; Fälligkeit 01. Juli 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie er die Parkplatzbewirtschaftung für das Personal der städtischen Verwaltung und der Lehrkräfte durchführen möchte.

In der Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 21. September 2004, Nr. 5102, zur Teilrevision des Personalreglements, Nachtrag XI, wurde in Art 48 der Randtitel „Parkplatzbenutzung“ eingefügt. Unter Ziff. 3.7 der Vorlage wurde ausgeführt, dass der Stadtrat mit der vorgesehenen Parkplatzbewirtschaftung für das Personal in Erfüllung eines Auftrages des Grossen Gemeinderates ein entsprechendes Reglement erlassen werde. Die Ergänzung des Randtitels verdeutlicht dazu die Rechtsgrundlage. Der Grosse Gemeinderat hat den Nachtrag zum Personalreglement am 16. November 2004 erlassen.

Mit Beschluss vom 1. Mai 2007, Nr. 3050, hat der Stadtrat das Reglement über das Abstellen von privaten Fahrzeugen auf Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, sRS 191.111, erlassen und per 1. Oktober 2007 in Kraft gesetzt. Nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten wie Inventarisierung, Signalisation und Markierung wird das Reglement umgesetzt und es werden die Benutzungsgebühren für die Parkplatzbenutzung gemäss Reglement vom Lohn abgezogen.

Es wird beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

6 Gesundere Handhabung des Ferienbezugs

erheblich erklärt am 20. November 2007; Fälligkeit 20. November 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, Antrag für eine Abänderung des Personalreglements zu stellen, mit welcher die Übertragung von Ferienansprüchen begrenzt und deren Bezug zeitlich limitiert wird, wobei für besondere Fälle eine Ausnahmeregelung vorzusehen ist.

Die notwendige Anpassung für eine Beschränkung der Übertragung von Ferienguthaben auf das Folgejahr und eine zeitliche Limitierung für den Bezug werden in der



anstehenden Teilrevision des Personalreglements vorgenommen und dem Parlament zur Beschlussfassung unterbreitet.

7 Entkoppelung der Fernwärmegebühren vom Ölpreis

erheblich erklärt am 17. Juni 2008; Fälligkeit 17. Juni 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament einen Nachtrag zum Stadtwerke-Reglement vorzulegen, der unter den dargelegten Überlegungen eine Abkoppelung der Fernwärmeabgaben vom Ölpreis ermöglicht.

Der Bericht ist in Bearbeitung.

8 Rückkehr zur Einfamilienhauszone

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, mit welchen Anpassungen von Bauordnung/Zonenplan oder anderen Massnahmen er bestehende, intakte Einfamilienhausquartiere vor grösseren Bauvorhaben kurz-, mittel- und langfristig schützen will.

Der Stadtrat hat mit Vorlage vom 19. Februar 2009 dem Stadtparlament auf Grund der ursprünglichen Dringlicherklärung der Motion einen Bericht über das weitere Vorgehen erstattet. Das Parlament hat dann am Motionsauftrag festgehalten, wobei aber nun nicht mehr die Dringlichkeitsfristen gelten. Entsprechend den Ausführungen in der erwähnten Vorlage wird derzeit die Grundlage für die Gebietsausscheidung erarbeitet; in der zweiten Jahreshälfte soll das Verfahren für die erhaltenswerten Einfamilienhausgebiete beginnen.

9 Pförtnereingänge Ost und West zum Gallusplatz

erheblich erklärt am 10. März 2009; Fälligkeit 10. März 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament so rasch wie möglich eine Vorlage zur Gestaltung der beiden Eingangspforten Ost und West zum Gallusplatz (inkl. Zwischenbereich zwischen Perimeter der Vorlage „Neugestaltung Südliche Altstadt“ und den neuen Pforten) zu unterbreiten.

Die Projektierung für die beiden „Pförtnereingänge“ ist im Gange, so dass die Realisierung der entsprechenden Massnahmen zeitlich noch innerhalb der Bauarbeiten zur Neugestaltung der südlichen Altstadt erfolgen kann. Dem Stadtparlament wird die Vorlage für die notwendigen Kredite noch unterbreitet.



b) Postulate

10 Kulturplatz am Stadtpark

erheblich erklärt am 22. Juni 1999; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

Die Verlegung der Ausfahrt aus der Tiefgarage Unterer Brühl ist realisiert und hat sich bewährt. Die Umgestaltung der Parkanlage Unterer Brühl ist im ersten Teil abgeschlossen, die zweite Etappe soll nun folgen (vgl. Vorlage des Stadtrates vom 17. März 2009).

Für die Schaffung eines „Kulturplatzes am Stadtpark“, also der Verkehrsfläche zwischen Tonhalle, Stadttheater und Museum soll ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt werden. Die verkehrlichen, städtebaulichen und gestalterischen Rahmenbedingungen sind in Bearbeitung. Die Wettbewerbsvorgaben sind wegen der geplanten Bauvorhaben im Kulturbereich noch nicht endgültig geklärt. Das Wettbewerbsverfahren soll aber noch in diesem Jahr gestartet werden.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

11 Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Die Federführung und die Koordination für diese Schutzverordnungen liegt beim Kanton. Die Arbeiten seitens des Kantons sind erst 2006 aufgenommen worden. Nun liegt ein erster Entwurf für die Schutzverordnung vor, der noch dieses Jahr in den beteiligten Gemeinden und beim Kanton geprüft wird und für den das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wird. Anschliessend muss die Schutzverordnung in den betroffenen Gemeinden öffentlich aufgelegt und von den zuständigen Behörden beschlossen werden. Vorbehalten bleiben ebenfalls Rechtsmittelverfahren.



Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

12 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn

erheblich erklärt am 26. November 2002; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziff. 1 verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

13 Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 15. März 2005; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen, wie er künftig eine wirksamere Aufgabenerfüllung und einen wirtschaftlicheren Mitteleinsatz in einer stärkeren Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden angehen will.

Der Postulatsbericht wurde vom Stadtrat am 24. März 2009 zuhanden Stadtparlament verabschiedet.

14 Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen

erheblich erklärt am 26. April 2005; Fälligkeit 3. Juli 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls mit welchem Inhalt mit der Stiftung St.Galler Museen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen sei.

Eine Leistungsvereinbarung ist in Vorbereitung. Es ist beabsichtigt, den Postulatsbericht dem Stadtparlament in der zweiten Jahreshälfte 2009 vorzulegen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.



15 Zukunft dank Tram

erheblich erklärt am 28. Juni 2005; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen des Richtplans zu den verschiedenen Aspekten einer Tramlösung für St.Gallen Bericht zu erstatten.

Im Rahmen der städtischen Richtplanung werden das Konzept für das künftige öV-Angebot entwickelt und die dafür notwendigen Infrastrukturen und räumlichen Bedürfnisse sowie die Umsetzungsstrategie formuliert. Dabei werden die Anforderungen für neue Transportsysteme, insbesondere die Frage einer schienengebundenen Fahrzeuglösung (Tram), berücksichtigt. Diese Ergebnisse stehen in engem Zusammenhang mit den übrigen Bereichen der Richtplanbearbeitung.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

16 Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 15. November 2005; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird eingeladen, auf der Grundlage des neuen Richtplans über die Situation des Fusswegnetzes in der Stadt St.Gallen Bericht zu erstatten und Verbesserungsmassnahmen aufzuzeigen.

Die städtische Richtplanung wird neben den grundsätzlichen Aspekten für die Anforderungen eines sicheren und attraktiven Fusswegnetzes auch eine Liste der dafür notwendigen wichtigen Massnahmen beinhalten.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

17 Tagesschulen, Tageskindergärten

erheblich erklärt am 22. November 2005; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu erstatten, wie die Tagesstrukturen in der Stadt so ausgestaltet werden können, dass sie auch den Bedürfnissen voll berufstätiger Eltern genügen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien 2009 vorgelegt.



18 Verlängerung der Buslinie 2 und Erstellung der S-Bahnhaltestelle „Hinterberg“ & „Güterbahnhof“

erheblich erklärt am 14. Februar 2006; Fälligkeit 1. Juli 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie und wann eine Verbesserung für die neuen Wohn- und Arbeitsplatzgebiete Hechtacker/Bernhardswies, Hinterberg und Güterbahnhof erreicht werden kann.

Die Verlängerung der Buslinie 2 ist in das im Rahmen der städtischen Richtplanung erarbeitete Buskonzept eingebunden. Die Zweckmässigkeit zusätzlicher S-Bahnhaltestellen scheint aufgrund der Konzeptüberlegungen nicht gegeben. Derzeit wird als dreijähriger Versuch die verlängerte Buslinie der VBSG-Linie 2 in das Gebiet Hechtacker/Bernhardswies und Hinterberg betrieben. Dieses Angebot wurde und wird schrittweise den festgestellten Bedürfnissen angepasst und noch bis Dezember 2010 dauern. Mit dem bevorstehenden Ausbau der Oberstrasse ist neben der Hechtackerstrasse auch eine zusätzliche Führung von Buskursen über die Oberstrasse vorgesehen. Über die Zukunft dieser Linienverlängerung und die definitive Linienführung ist nach der Versuchsauswertung zu entscheiden.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

19 Talschulen – Bergschulen

erheblich erklärt am 21. März 2006; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten wie er verhindern will, dass das schulische Niveau von Berg- und Talschulhäusern weiter auseinander driftet. Er wird ersucht, insbesondere die folgenden Gesichtspunkte darzustellen: gleiche Chancen für alle; Frühförderung in Deutsch; Vernetzung mit den Integrationsbemühungen der Stadt; Lösungsmöglichkeiten durch Umverteilung von Lektionen (ISF), Poolbeiträgen, Schulleiterentlastungen, etc.; Controlling; finanzielle Konsequenzen; vertrauensbildende Massnahmen für die Bevölkerung.

Das städtische Förderkonzept nimmt sich auch der im Postulat erwähnten Problematik an. Es ist zentrales Steuerungsinstrument zur Klärung der im Postulat gestellten Fragen. Nach einem breiten Vernehmlassungsverfahren hat der Stadtrat das Förderkonzept inzwischen gutgeheissen. Damit sind die Grundlagen geschaffen, den Postulatsauftrag innert Jahresfrist zu erfüllen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.



20 Entlastung von Klassen und Lehrkräften – Time-out-Klasse auch auf der Primarschulstufe

erheblich erklärt am 27. Juni 2006; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird gebeten, im Sinne der Qualitätssicherung an den städtischen Schulen und zum Wohle aller Schüler/-innen und unserer Lehrkräfte, Bericht und Antrag darüber zu erstatten, wie er ein gewalt- und störungsfreies Lernklima fördern und wie er Lehrkräfte der Primarschulstufe bei der Ausübung ihres Berufsauftrags zu unterstützen gedenkt, und ob er in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Einführung einer Time-out-Klasse auf dieser Stufe vorsieht.

Das städtische Förderkonzept äussert sich auch zum Förderangebot einer Time-out-Klasse auf der Primarschulstufe. Nach einem breiten Vernehmlassungsverfahren hat der Stadtrat inzwischen das Förderkonzept gutgeheissen. Damit sind die Grundlagen zur Erfüllung des Postulatsauftrages innert Jahresfrist gegeben.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatauftrages um ein Jahr zu verlängern.

21 Richtlinien für die Bewilligungspraxis im öffentlichen Raum – Damit die Stadt ohne finanziellen Aufwand an Kultur gewinnt

erheblich erklärt am 28. November 2006; Fälligkeit 28. November 2008

Veranstaltungen im öffentlichen Raum beleben die Stadt, vermitteln Kultur und schaffen Begegnungen. In diesem Sinne wird der Stadtrat gebeten, Folgendes zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten:

1. ob die momentane Bewilligungspraxis zweckmässig ist
2. wie das Bewilligungsverfahren in andern Städten gehandhabt wird
3. ob die Kompetenz zur Erteilung von Bewilligungen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum bei der Gewerbepolizei richtig angesiedelt ist
4. ob für das Bewilligungsverfahren vom/von der Einzelnen einsehbare Richtlinien und Kriterien ausgearbeitet werden können, die vorsehen, dass Veranstaltungen im öffentlichen Raum grundsätzlich zu bewilligen sind und die Auskunft geben betreffend
 - Einreichung des Gesuchs
 - Ablauf des Verfahrens
 - Kosten des Verfahrens.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch 2009 vorgelegt.



Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

22 Prävention gegen Übergewicht und Bewegungsmangel

erheblich erklärt am 27. März 2007, Fälligkeit 27. März 2009

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Prävention gegen Übergewicht und Bewegungsmangel fördern will.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien 2009 vorgelegt.

23 eGovernment – wie weiter?

erheblich erklärt am 2. Mai 2007; Fälligkeit 2. Mai 2009

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die eGovernment-Entwicklung bewerkstelligen will.

Der Postulatsbericht wurde vom Stadtrat am 10. März 2009 zuhänden Stadtparlament verabschiedet.

24 Förderung neuer erneuerbarer Energien und Energiesparmassnahmen: Bewilligungsgebühren abschaffen?

erheblich erklärt am 12. Juni 2007; Fälligkeit 1. Juli 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Rahmen der Bauberatung und des Baubewilligungsverfahrens – einschliesslich der Gebührenbemessung – bei Gebäudesanierungen Massnahmen zu Gunsten der effizienten Energienutzung und des Einsatzes erneuerbarer Energien unterstützt und gefördert werden können.

Das Anliegen des Postulates - erneuerbare Energien und Energiesparmassnahmen zu unterstützen - wird im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens und bei der Bauberatung bereits jetzt wenn immer möglich berücksichtigt. Eine interne Arbeitsgruppe aus den Direktionen Bau und Planung und Technische Betriebe hat nun für energetische Massnahmen an Gebäuden Grundsätze erarbeitet, die im Sinne der Zielsetzung des Energiesparens und der Energieeffizienz eine Optimierung der Bewilligungsverfahren gewährleisten. Diese Grundsätze beinhalten einerseits möglichst einfache, rasche und „kundenfreundliche“ Verfahrensabläufe, so zum Beispiel bezüglich Anwendung der vereinfachten Verfahren gemäss Baugesetz, der minimal notwendigen Gesuchsunterlagen, der Koordination von Bauberatung und Energieberatung, etc. und andererseits generelle Regeln für die Interessenabwägung zwi-



schen gestalterischen und energetischen Aspekten, auch dies im Sinne einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung und Unterstützung der Energieziele.

Eine besondere Thematik bildet die Gebührenfestsetzung. Der Gebührenrahmen richtet sich nach dem kantonalen Tarif. Im Kantonsrat ist eine Motion erheblich erklärt worden, die die Gebührenbefreiung für reine Energiesparmassnahmen verlangt. Dieser Motionsauftrag ist noch hängig, der bestehende kantonale Gebührenrahmen gilt somit nach wie vor. Als Sofortmassnahme wird jedoch vom Amt für Baubewilligungen für reine Energiemassnahmen, also für Solaranlagen und Wärmepumpen, nur noch der Minimalbetrag von CHF 100 verlangt. Für energetisch bedingte Isolationen der Gebäudehülle und / oder für entsprechenden Fensterersatz werden, je nach tatsächlichem Aufwand, sehr geringe Gebühren zwischen CHF 100 und 900 verlangt. Damit werden die minimal möglichen Ansätze des derzeitigen kantonalen Gebührenrahmens angewandt.

Es wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

25 Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept

erheblich erklärt am 26. Juni 2007; Fälligkeit 26. Juni 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls wo für das Stadtparlament ein neuer Tagungsort realisiert und wie das Waaghaus unter Einhaltung des denkmalpflegerischen Schutzzumfangs gesamthaft saniert und genutzt werden soll.

Für das Waaghaus sind einerseits umfassende Sanierungsmassnahmen einschliesslich der Haustechnik notwendig, andererseits sind konzeptionelle Nutzungsentscheide zu treffen. Unter Einbezug des Präsidiums des Stadtparlamentes sind die für den künftigen Parlamentsbetrieb nötigen Abklärungen im Gange, wobei heute davon ausgegangen wird, dass das Stadtparlament weiterhin in diesem Gebäude bleibt. Für das aufgrund der voraussichtlichen Projektgrösse nötige Wettbewerbsverfahren werden die Grundlagen erarbeitet, vor allem die Anforderungen seitens des Parlamentsbetriebes. Das Wettbewerbsverfahren soll noch dieses Jahr beginnen.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

26 STOPP der Gewalt in den Schulen und auf dem Schulweg

erheblich erklärt am 26. Juni 2007; Fälligkeit 26. Juni 2009

Wir beantragen dem Stadtrat, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen, mit welchen Strategien, Modellen und Massnahmen die soziale Kompetenz der Schülerinnen und



Schüler gefördert und der Gewalt unter Kindern und Jugendlichen entgegen gewirkt werden kann.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien 2009 vorgelegt.

27 Nutzung des öffentlichen Aussenraumes

erheblich erklärt am 30. Oktober 2007; Fälligkeit 30. Oktober 2009

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie durch die Erarbeitung eines Konzeptes räumliche Leitvorstellungen für die Nutzung des öffentlichen Aussenraumes entwickelt werden können.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien 2009 vorgelegt.

28 „Mehr Wasser“ in die Stadt!

erheblich erklärt am 30. Oktober 2007; Fälligkeit 30. Oktober 2009

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, wie er mehr und besser als mit herkömmlichen Brunnenanlagen Trinkwasser und Wasser in sinnlich erfahrbarer Qualität in die (Innen-)Stadt bringen will.

Das Anliegen des Postulats wurde teilweise bereits umgesetzt. So wurden beispielsweise auf der Lämmli Brunnenstrasse zwei neue Wasserobjekte erstellt. Im Rahmen von weiteren Gestaltungsvorhaben betreffend den öffentlichen Raum (Marktplatz/Bohl/Blumenmarkt, Bahnhofplatz etc.) wird geprüft, auf welche Art und Weise das Element Wasser vermehrt einbezogen werden kann.

29 Minergie-Standard für städtische Bauten

erheblich erklärt am 18. März 2008; Fälligkeit 18. März 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, ob und wie er umsetzen will, dass der Minergie-Standard für städtische Liegenschaften und von der Stadt mitfinanzierte Gebäude als verbindlich erklärt werden kann.

Für die stadteigenen Bauten wird bei allen Projekten konsequent der Minergie-Standard umgesetzt: Für die Neubauten gilt das Ziel „Minergie-eco“-Zertifikat, für Sanierungen wird der „Minergie-eco“-Standard angestrebt. Für Neubauprojekte der Zukunft soll jeweils das „Minergie-P-eco“-Zertifikat bzw. der entsprechende Standard nach Möglichkeit als Ziel gesetzt werden. Bei von der Stadt mitfinanzierten Gebäuden gelten die analogen Grundsätze, wenn die Stadt eine mehrheitliche Fi-



finanzierung übernimmt. In den anderen Fällen wird im Kontakt mit den Bauherren die dargestellte Zielsetzung so weit als möglich eingebracht.

Eine besondere zusätzliche Berichterstattung zu dieser Thematik ist nicht zweckmässig, den oben dargestellten klaren Grundsätzen ist nichts beizufügen. Wesentlich ist vielmehr die tatsächliche Umsetzung bei den einzelnen Projekten.

Es wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

30 „VBSG-Wartehäuschen“ in der Warteschleife

erheblich erklärt am 18. März 2008; Fälligkeit 18. März 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er ein Gesamtkonzept der VBSG-Wartezonen zukünftig in die Hand nehmen will.

Für die Wartehäuschen bei den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs wird ein Gesamtkonzept ausgearbeitet. Für die sogenannten „Normwartehallen“ wurde ein Planerwahlverfahren durchgeführt und abgeschlossen. Der Ersatz der bisherigen Normwartehallen und auch die Berücksichtigung zusätzlicher Standorte wird in den nächsten Jahren laufend umgesetzt. Bei den sogenannten „ortsfesten Wartehallen“ - also den speziellen, grösseren Haltestellenbauten und den Endhaltestellen - wurden Verbesserungen und Sofortmassnahmen bereits realisiert. Für den Ersatz solcher Hallen werden, soweit nötig, vom Architekturbüro aus dem Planerwahlverfahren derzeit ortsspezifische Lösungen projektiert. Der Kreditantrag an das Stadtparlament für die neuen Wartehallen wird noch folgen.

31 Ausgehverhalten bis in alle Nacht – ein Albtraum

erheblich erklärt am 17. Juni 2008; Fälligkeit 17. Juni 2010

Der Stadtrat wird gebeten Bericht zu erstatten, welche Massnahmen er zur Lösung der komplexen Problematik zum veränderten Ausgehverhalten mit all seinen negativen Facetten ergreifen will.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien 2009 vorgelegt.

32 Freiwillige Schulhausangebote: Verantwortung für die Betreuung

erheblich erklärt am 17. Juni 2008; Fälligkeit 17. Juni 2010

Der Stadtrat wird gebeten Bericht zu erstatten, welche neuen Führungsmodelle er für die freiwilligen Schulhausangebote vorsieht und welches die finanziellen Folgen im Vergleich zur jetzigen Lösung sind.



Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien 2009 vorgelegt.

33 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 23. September 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Die Projektierungsarbeiten für eine attraktivere Gestaltung werden in diesem Jahr aufgenommen.

34 Strategische Ausrichtung unserer VBSG

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit am 23. September 2010

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht über die strategische Zielsetzung zu erstatten, die er mit der VBSG verfolgt.

Der Bericht erfolgt im Rahmen der sich in Bearbeitung befindlichen Vorlage an das Stadtparlament zur Ausgliederung der VBSG.

35 Grundsteuerfuss der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wann und um wie viel der Grundsteuerfuss gesenkt werden könnte.

Die Bearbeitung wird vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise und der neuen kantonalen Gesetzgebung zu erfolgen haben.

36 Quartierentwicklung: ein neues Handlungsfeld für die Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Herausforderung „Quartier-Entwicklung“ beurteilt, wie er diese neue Aufgabe nach den Grundsätzen von Solidarität, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit lösen will, und wie er die Prioritäten setzt.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.



37 Integrierte Schülerförderung ISF: Was bewirkt sie?

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird um Stellungnahme, Evaluation der ISF und um Berichterstattung gebeten.

Der Auftrag für eine IST-Analyse der integrierten Schülerförderung ISF an den städtischen Schulen ist in Auftrag gegeben. Die IST-Analyse ist Grundlage für die Evaluation messbarer Wirkung von integrierter Schülerförderung ISF bei Schülerinnen und Schülern und deren Akzeptanz bei Lehrpersonen und Eltern. Die Berichterstattung zur IST-Analyse soll noch in diesem Jahr erfolgen, die Evaluation drei Jahre nach Einführung des Förderkonzeptes.

38 „fair-trade“: Soziale, ökologische und wirtschaftlich nachhaltige Beschaffung

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird gebeten, darüber Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit und insbesondere die mit der öffentlichen Beschaffung betrauten Stellen sicherstellen kann, dass das öffentliche Beschaffungswesen sozial, ökologisch und wirtschaftlich verträglich ausgestaltet ist.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

39 Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr – Zuständigkeiten, Finanzierung und Zeitgefässe müssen klar geregelt sein

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 25. November 2010

Der Stadtrat wird gebeten, die Einführung einer solchen Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr zu überprüfen und dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten.

Die Zweckmässigkeit und die Aufgaben dieser Fachstelle soll nach Vorliegen der Ergebnisse aus der städtischen Richtplanung im Rahmen der Massnahmenrealisierung für den Langsamverkehr untersucht und vorgeschlagen werden.

40 Jugendlichen-Vorstoss gemäss Partizipationsreglement betreffend getrennte Abfallentsorgung mit Abfallkübeln

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten Bericht zu erstatten, wie er dem Anliegen nach getrennter Abfallentsorgung durch das Aufstellen von Kübeln mit verschiedenen Einwurföffnungen



für Glas, PET, Papier, Alu und Restmüll gerecht werden will, und wir er sich zur Aufstellung von mehr und grösseren Abfallkübeln stellt.

In diesem Sommer wird die Reinigungsintensität am Wochenende deutlich erhöht und das Einsatzgebiet erweitert. Gleichzeitig wird das Netz der neuen Unterflurabfallkübel mit dem wesentlich grösseren Fassungsvermögen ausgebaut. Ziel ist, das neue System in der Innenstadt und bei wichtigen Bushaltestellen einzusetzen. Die Ergänzungen dieser Massnahmen mit getrennten Abfallmöglichkeiten gemäss Postulat werden derzeit abgeklärt.

41 Mehr Platz zum Spielen in der Stadt

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, wie die Qualität der städtischen (Spiel-)Plätze verbessert und wie die Bevölkerung der Quartiere in die Erneuerung bestehender sowie die Planung neuer öffentlicher (Spiel-)Anlagen einbezogen werden kann.

Die Spielplätze in der Stadt St.Gallen sind in den letzten Jahren aufgrund einer durchgeführten Überprüfung anhand der neuen Fachnormen sukzessive saniert bzw. neugestaltet worden, die dritte und letzte Etappe dieser Massnahmen ist derzeit im Gange. Die weiteren Spiel- und Freizeitorde im öffentlichen Raum, also insbesondere Quartierplätze und geeignete Quartierstrassen, werden im Rahmen von Sanierungen oder Neuanlagen ebenfalls nach Möglichkeit im Sinne dieses Postulates verbessert. Das ist allerdings eine dauernde Aufgabe.

Dem Stadtparlament wird nach Abschluss des Sanierungsprogramms der Spielplätze Bericht erstattet.

42 Mehr Lehrstellen für schwächere Schüler/-innen bei der Verwaltung

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 13. Januar 2011

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, welche Möglichkeiten er sieht, die Anzahl der Lehrstellen für schwächere Schüler/-innen zu erhöhen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

43 Kulturförderung - auch für Vereine

erheblich erklärt am 17. Februar 2009; Fälligkeit 17. Februar 2011

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob er über die bisherigen Instrumente hinaus zusätzliche Massnahmen ergreifen will, um städtische Turn- und Sportvereine zu unterstützen, insbesondere ob er gewillt ist, einen massgeblichen



Betrag, analog der Kulturförderung, zur Unterstützung den Turn- und Sportvereinen zufließen zu lassen.

Der Postulatsauftrag ist in Bearbeitung.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

